ZE 109

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter" erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 52. Sonnabend, den 29 Dezember 1917. 21. Jahrgang.

Eine Forderung an die Steinbruchsberufsgenossenschaft.

II.

Das umfangreiche Schreiben des Reichsversicherungsamts, welches uns in der Frage wegen Anstellung von Arbeiterkontrolleuren zuging, haben wir in der vorletzten Nummer veröffentlicht. Wir müssen nun darauf erwidern, denn es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Sektionen der Steinbruchsberufsgenossenschaft nur allzugern an jenes Schreiben klammern werden.

Wir haben also folgende Darlegungen zu geben:

Zu 1. Sicherlich hat das Reichsversicherungsamt allgemein auf die Berufsgenossenschaften eingewirkt im Sinne eines starken Arbeiterschutzes auch während der Kriegszeit. Dieses erkennen wir rundweg an. Die gegenteilige Behauptung haben wir überhaupt gar nicht aufgestellt. Allerdings haben wir darauf verwiesen, daß in der Steinindustrie die Unfallhäufigkeit eine recht hohe ist, was auch das Reichsversicherungsamt nicht zu bestreiten versucht. Unter den etwa 70 gewerblichen Berufsgenossenschaften steht, soweit die Unfallhäufigkeit in Frage kommt, die Steinindustrie mit an erster Stelle.

Zu 2. Es wird darauf verwiesen, daß im Jahre 1914 in der Steinbruchsberufsgenossenschaft noch 16 Aufsichtsbeamte tätig waren, im Jahre 1916 waren es infolge der Einziehungen zum Heeresdienst, bloß noch 7. Das R.V.A. (zukünftig abgekürzt für: Reichsversicherungsamt) sagt nun, in der gleichen Proportion sei auch die Zahl der Vollarbeiter zurückgegangen. Aber diese Argumentation ist völlig falsch, nämlich im Jahre 1913 waren 11 761 versicherungspflichtige Betriebe vorhanden, 1916 wurden immerhin noch 10 479 gezählt. Die Zahl der tätigen Aufsichtsbeamten fiel in dieser Zeit von 16 auf 7, und für die Praxis ergibt sich nun, **daß im Jahre 1914 auf einen Aufsichtsbeamten 734 Betriebe entfielen, aber 1916 = 1497 Betriebe.** Daß in der Steinindustrie ein Beamter nicht 734 Betriebe ordnungsmäßig revidieren kann, bedarf keiner weiteren Beweisführung, denn die Steinbrüche liegen meist weit auf dem Lande zerstreut: wie soll der Aufsichtsbeamte aber erst mit 1497 Betrieben fertig werden. Dem R.V.A. antworten wir also, daß nicht die Zahl der Vollarbeiter bei den Revisionen maßgebend ist, **sondern die Zahl der zu revidierenden Betriebe.** Es wundert uns sehr, daß das Schreiben **mit keinem Wort darauf eingeht, daß im Jahre 1916 überhaupt bloß 24 Prozent der Betriebe revidiert wurden.** Wir bedauern ungemein, daß das R.V.A. auf diese unsre Konstatierung nicht Bezug genommen hat. Zum bayrischen Gewerbeinspektionsbericht für 1905 wird auf Seite 197 folgende interessante Mitteilung gemacht:

„Die vielen Verfehlungen in den Steinbrüchen und Steinhauereien gegen die einschlägigen Vorschriften lassen **auf ein wenig willkährliges Verhalten der Unternehmer schließen. Große Schuld an diesen Verhältnissen liegt dabei auch an den einzelnen Betriebsleitern, die den gesundheitlichen Anordnungen manchmal vielleicht noch mehr wie die Unternehmer selbst widerstreben."**

Es kam durch diese Stelle endlich amtlich klipp und klar zum Ausdruck, wie widerspenstig in der Steinindustrie ein Teil der Unternehmer und viele [illegible] Arbeiterschutzes gegenüberstehen. Geradezu Aufsehen erregte es seinerzeit, als in dem Bericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft (für 1910) folgendes in ungeschminkter Weise zu lesen war:

„Wie aus der nicht geringen Zahl von Beanstandungen hervorgeht, läßt die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften **in einer großen Reihe von Betrieben noch viel zu wünschen übrig.** Es ist dies aber erklärlich und nicht überraschend, wenn man in **Betracht zieht, daß viele Unternehmer und deren Aufseher neben dem Mangel einer ausreichenden Schulbildung auch noch ungenügende technische Bildung haben. Es fehlen ihnen oft die elementarsten Kenntnisse in bezug auf technische Leitung eines Steinbruchbetriebs,** Behandlung und Verwendung der verschiedenen Sprengstoffe usw., von der Kenntnis der Unfallverhütungsvorschriften und der Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen in den maschinellen Einrichtungen gar nicht zu reden. **Daß darunter die Sicherheit des Betriebes leiden muß, kann nicht wundernehmen."**

Ein solch vernichtendes Urteil bezüglich der Nichtbefolgung der Unfallverhütungsmaßnahmen über einen Teil der Unternehmer in der Steinindustrie fällte also sogar die Steinbruchsberufsgenossenschaft. Wahrhaftig, schärfer hätten auch wir ein Urteil darüber nicht abgeben können. Möge im R.V.A. gerade vorstehend zitierte Stelle mit Aufmerksamkeit gelesen werden. Dann wird man auch dort verstehen, warum die Steinarbeiter einen viel wirksameren Schutz verlangen.

Zu 3. Das R.V.A. hat nun die Steinbruchsberufsgenossenschaft zur Berichterstattung über unsre Eingabe aufgefordert, aber was uns da mitgeteilt wird, ist nicht geradezu ermutigend, daß etwa die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren in der Steinindustrie in Fluß kommt. Die nächste Genossenschaftsversammlung findet in der Mitte des Jahres 1918 statt, also dort kann erst endgültig zu dieser Frage Stellung genommen werden. Wenn aber das R.V.A. in so unzweideutiger Weise Stellung gegen die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren nimmt, so können wir das unter keinen Umständen billigen. Zunächst sei festgestellt, daß in den Bergwerksbetrieben ebenfalls Kontrolleure angestellt sind, die dem Arbeiterstande entnommen sind. Im großstädtischen Baugewerbe sind Dutzende von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande schon seit langem in Tätigkeit. Wir haben in den Unternehmer-Fachzeitschriften noch nicht einmal lesen können, daß diese Kontrolleure ihrer Aufgabe nicht gewachsen wären. Ein tüchtiger Maurarbeiter mit einer guten Allgemeinbildung, der vielleicht 20 Jahre und noch länger im Beruf tätig war, mit den Finessen des baugewerblichen Betriebs vollständig vertraut ist, warum soll der nicht einen tüchtigen Kontrolleur abgeben. Die statische Berechnungsart, und die Neuerung in der Betonbauweise kann sich wahrhaftig ein halbwegs tüchtiger Maurer mit zeichnerischen Fähigkeiten entweder durch den Selbstunterricht oder durch besonderen technischen Unterricht aneignen. Wir sind nun aus praktischer Erfahrung der Meinung, daß für die Steinindustrie Arbeiterkontrolleure sehr nutzbringend sein würden. Daß ein solcher Mann über den Rahmen des Berufs hinausblicken muß, ist ganz erklärlich; daß er eine allgemeine Urteilsfähigkeit haben soll, ist durchaus zu billigen. Will damit etwa das R.V.A. sagen, daß sich diese Dinge nur der aneignen kann, der mit Ach und Krach seine Hochschulstudien beendet hat. Woraus zu entnehmen wäre, daß sogar das R.V.A. auf dem Standpunkt stände, daß ihm an der Anstellung von Arbeiterkontrolleuren nichts gelegen sei. Und das besagt die uns bekanntgegebene Antwort klipp und klar. Wenn uns dann ferner mitgeteilt wird, ja, die technischen Aufsichtsbeamten seien für ihren Beruf in der Steinindustrie speziell vorgebildet worden, so mag diese Tatsache an und für sich richtig sein: wir wenden aber ein, daß sich eine umfassende praktische Vorbildung auf einen viel längeren Zeitraum erstrecken müßte, als wie dieses in Wirklichkeit geschieht. Ohne Einschränkung sagen wir, daß ein intelligenter Steinarbeiter mit langjähriger Praxis, der weiter in bezug auf die Allgemeinbildung noch günstige Eigenschaften besitzt, der ferner in den verschiedensten Steinbruchsbetrieben tätig war, **die Fähigkeit sehr wohl hat, als Kontrolleur in der Steinindustrie fungieren zu können. Einem solchen Manne wird in einem Steinbruchsbetrieb der Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften viel eher auffallen, als wie einem akademisch gebildeten Beamten.** Dem Akademiker wird in der vielseitigen Steinindustrie vieles entgehen, das dem Arbeiterkontrolleur ohne weiteres auffallen würde. Wir denken da an den Abbau, an die Steingewinnung überhaupt, besonders aber auch an das Sprengwesen. Und soweit die geologischen Kenntnisse in Frage kommen, so sind wir der Meinung, auch diese kann sich ein Steinarbeiter durch das Studium der einschlägigen Literatur sehr wohl aneignen. Gerade das, was das R.V.A. gegenüber den Fähigkeiten von Arbeiterkontrolleuren anzuführen vermag, steht auf sehr schwachen Füßen, wir sind geradezu erstaunt, daß sich diese hohe Reichsbehörde so stark auf das Gutachten der Steinbruchsberufsgenossenschaft stützt. Das R.V.A. gibt auf das „Beiwerk" eines Aufsichtsbeamten so ungeheuer viel, wir legen 1. großen Wert auf eine umfassende Tätigkeit und praktische Erfahrung in der Steinindustrie und sind 2. der Meinung, daß sich ein großer Teil von der verlangten Allgemeinbildung ein Nichtakademiker sehr wohl anzueignen vermag. Gerade in der Zeit, wo auf allen Kriegsschauplätzen die Tatkraft und Entschlußfähigkeit im Handeln durch den gemeinen Mann, der ein Examen nicht aufzuweisen vermag, sprichwörtlich geworden ist, soll man den Versuch nicht unternehmen, Arbeitern etwa die Fähigkeit abzusprechen, daß sie im gewerblichen Leben nicht einmal die Kenntnisse besitzen sollen, die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen.

In der sächsischen Sandsteinindustrie sind schon seit etwa zwei Jahrzehnten sogenannte **Amtsbruchmeister** angestellt, die, wie uns wiederholt aus Arbeiterkreisen versichert wurde, in tadelloser Weise ihre Funktion ausüben. Und was sich in Sachsen so außerordentlich bewährt hat, kann doch sicherlich für die übrige deutsche Steinindustrie nicht unpraktisch sein.

Ausdrücklich sei bemerkt, daß wir ohne weiteres der Ansicht sind, daß auch in der Steinindustrie neben den bisherigen technischen Aufsichtsbeamten Arbeiterkontrolleure tätig sein können. Das R.V.A. irrt aber mit dem Hinweis ganz gewaltig, wenn es schreibt: „Es würde also notwendig sein, die etwa anzustellenden Arbeiterkontrolleure in einem besonderen Unterrichtskursus erst für ihre Tätigkeit zu schulen. In diesem Falle sei aber nicht einzusehen, weshalb als Aufsichtsbeamte gerade Arbeiter gewählt werden müssen." Wir haben schon darauf verwiesen, wie notwendig für eine gediegene Revision in der Steinindustrie die praktische Erfahrung als Fachmann ist, deshalb wird ein Steinarbeiter, der eine 15 bis 20jährige Erfahrung auf seinem Buckel trägt, dem „angelernten Aufsichtsbeamten" um vieles vorzuziehen sein.

Wir stellen ja unsre Forderung auf Anstellung solcher Kontrolleure nur deshalb, weil die bisher ausgeübte Kontrolle in keiner Weise den Anforderungen der versicherten Arbeiter zu genügen vermag. — Es kann doch nicht genügen, wenn in Friedenszeiten bloß 50—60 Prozent der Betriebe im Jahre revidiert werden.

Zu 4. Hierzu nur einige Bemerkungen. Der Hinweis, daß die technischen Aufsichtsbeamten, soweit die Unfallverhütungsmaßnahmen in Frage kommen, jederzeit die Wünsche der Versicherten entgegennehmen, ist an sich nichts besonderes. Leider sind die praktischen Wirkungen dieses gutgemeinten Vorschlags nicht allzu groß. Viele Arbeiter getrauen sich leider nicht, wenn der Aufsichtsbeamte anwesend ist, dabei der Werkführer oder gar der Unternehmer zur Stelle ist, die berechtigten Wünsche in bezug auf die Unfallverhütung vorzutragen. Und zwar deshalb nicht, weil sie befürchten müssen, wirtschaftlich durch den Unternehmer geschädigt zu werden, sei es durch Benachteiligung bei der Arbeitsverteilung oder gar durch Entlassung. Unsre Kollegen, die die Versicherten vertreten, können sich aber sehr angelegen sein lassen, bei den jährlichen Genossenschaftsversammlungen die Wünsche im Sinne unsrer Eingabe nachdrücklichst zum Ausdruck zu bringen. Wobei allerdings hinzugefügt werden muß, daß eben in der Genossenschaftsversammlung die Unternehmer durch eine größere parlamentarische Gewandtheit stark im Vorteil sind.

An unserm Verbandsvorstand sind des weiteren Antworten eingegangen von der Steinbruchsberufsgenossenschaft selbst, desgleichen von den 10 Sektionen jener Genossenschaft. Die Antwortschreiben sind ziemlich gleichlautend gehalten und es wird darauf verwiesen, daß über unsern Antrag endgültig nur die nächstjährige Genossenschaftsversammlung entscheiden könnte. Der Vorsitzende der Sektion VII (Sachsen) Herr Gierisch teilt in seiner Antwort vom 27. 10. 1917 ohne Verklausulierung mit, daß er persönlich gegen die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren nichts einzuwenden hätte. Wie gesagt, daß ist vorläufig der einzige Lichtblick unter den eingegangenen Schreiben. Aus den Antworten geht zwar nicht direkt, aber [illegible] den Zeilen hervor, daß die berufenen Organe der Steinbruchsberufsgenossenschaft die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren nicht wollen. Leider ist der Einfluß seitens der Arbeiter auf die Unfallversicherungsgenossenschaften ohne Bedeutung. Wir werden aber [illegible] auf die ungenügende Revision der Steinbruchsbetriebe im [illegible] lichen Interesse unsrer Kollegen zurückkommen müssen.

Neue Teuerungszulagen für Sachsen.

Daß für die Steinarbeiter die bisherigen Teuerungszulagen ungenügend waren, ging aus dem Artikel im letzten „Steinarbeiter" genügend hervor. Der Verbandsvorstand wird [illegible] Deutschland auf die Anregung vieler Zahlstellen [illegible] werung entfachen, daß die bisher gewährten [illegible] einer Prüfung resp. einer Erhöhung unterzogen werden. [illegible] die sächsische Sandsteinindustrie hat am 18. Dezember in Dresden bereits eine Verhandlung stattgefunden, die immerhin den guten Willen der Herren Unternehmer zeigte.

Vereinbart wurde, die bisher bestandene Teuerungszulage von 25 Prozent ab 14. Januar 1918 zu erhöhen um 15 Prozent auf insgesamt 40 Prozent, ab 1. April 1918 nochmals um 10 Prozent, auf insgesamt 50 Prozent der bisherigen Akkordpreise.

Der Stundenlohn für Dresden und Leipzig betrug bisher 1.15 Mk., ab 14. Januar 1918 beträgt derselbe 1.27 Mk. und ab 1. April 1918 1.36 Mk. Die Bremer, Hilfs- und Brunnenarbeiter erhielten bisher 20 Prozent Zulage, in Zukunft beträgt diese 40 resp. 45 Prozent zu den Stundenlohnen. Der Tarif hat weiter Gültigkeit bis 28. Februar 1919. Die Vereinbarung umfaßt alle Steinmetzen, die nach dem sächsischen Normaltarif arbeiten, sowie die Brecher, Hilfs- und Brucharbeiter des Elbsandsteingebirges. Die Vereinbarung unterliegt noch der endgültigen Zustimmung der Organisationen.

Damit ist die neue Teuerungszulagenbewegung mit Erfolg eingeleitet. In Dresden wandten die Herren Unternehmer ein, daß in andern Gebieten die bisherigen Zulagen noch keine 25 Prozent betrügen. Es ist deshalb Aufgabe der Zahlstellen, daß ebenfalls bei den Verhandlungen, die bevorstehen, die neuen Zulagen auf mindestens 40—50 Prozent der bisherigen Grundpreise erzielt werden.

Die Löhne in der Steinindustrie sind so niedrig, daß vorgenannte Zuschläge das Mindeste darstellen, was gefordert werden muß. —

Lohnprobleme nach dem Kriege.

Von Wilhelm Janssen.

In den deutschen Unternehmerkreisen wird bereits die Frage der Lohnkürzung für die Zeit nach dem Friedensschluß lebhaft erwogen. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat vor einigen Monaten in einer Eingabe den Versuch gemacht, das Kriegsamt für diese Frage zu interessieren. Das Kriegsamt sollte insbesondere auch die Bereitwilligkeit der Staatsbetriebe zum Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterforderungen eindämmen und überhaupt den Unternehmerverbänden bei der Zurückhaltung der Lohnkurve behilflich sein. Ein praktisches Ergebnis dieser Eingabe hat sich glücklicherweise noch nicht gezeigt, aber die Bestrebungen der großindustriellen Unternehmerverbände in dieser Frage sind deshalb nicht eingestellt worden. Auf ihrer Tagung in Nürnberg vorigen Monat haben sie sich erneut damit beschäftigt und vorbereitende Arbeiten für eine spätere Abhilfe beschlossen. Insbesondere soll eine Statistik über die Arbeitslöhne aufgenommen und die Unternehmerarbeitsnachweise ausgebaut werden.

Gegen eine Statistik, die eine objektive Feststellung der Arbeitslöhne bringt, wäre gewiß nichts einzuwenden. Nur muß von ihr verlangt werden, daß sie nicht einzelne Arbeitsgruppen herausgreift, die infolge ihrer Qualitätsarbeit besonders hohe Löhne während des Krieges erreicht haben, sondern daß sie auch die niedriger entlohnten Arbeiter in richtigem Verhältnis zur Gesamtarbeiterzahl berücksichtigt. Auch ist eine objektive Berücksichtigung der verschiedenen Städte und Gegenden zu fordern, weil bekanntlich einzelne deutsche Städte oder Industriegebiete infolge besonderer Verhältnisse höhere Löhne aufweisen, als andere. Ob man von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände eine solche Objektivität erwarten darf, ist eine zweite Frage. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sie eine solche Statistik so gruppieren wird, wie es ihren Zwecken am besten entspricht. Und ihr Hauptzweck ist, wie die erwähnte Eingabe an das Kriegsamt beweist, einer weiteren Steigerung der Arbeitslöhne entgegenzuwirken, um die spätere Lohnreduktion zu erleichtern.

Für die Gewerkschaften ergibt sich aus diesen Vorgängen der eine Vorteil, daß bereits jetzt Klarheit über den Weg geschaffen wird, mit zum mindesten ein erheblicher Teil der deutschen Arbeitgeberverbände künftig wieder zu gehen beabsichtigt. Nicht alle Unternehmergruppen nehmen den gleichen ablehnenden Standpunkt gegen eine Verständigung mit der Arbeiterschaft ein, wie die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, deren Haltung nach wie vor von dem Geiste der Rheinisch-Westfälischen Großindustrie inspiriert ist. Und wir dürfen annehmen, daß ein nicht unerheblicher Teil der Unternehmerverbände jener zentralen Arbeitgebervereinigung die Verständigung dem Kampf vorziehen werden. Das gilt insbesondere für jene Unternehmerverbände, die schon bisher im Tarifverhältnis mit den Gewerkschaften stehen. Allein der verbleibende Teil, der Gegner jeglicher Verständigung mit den Gewerkschaften ist, wird sich als groß genug erweisen, um die für die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege unheilvollsten Kämpfe zu provozieren.

Denn darüber darf schon heute kein Zweifel gelassen werden, daß die Gewerkschaften garnicht daran denken, sich ohne weiteres von den Unternehmerverbänden diktierte Herabsetzungen der Löhne gefallen zu lassen. Daß sich heute keine Normen für den Stand der Löhne nach dem Kriege aufstellen lassen, ist klar. Die Kriegslöhne einzelner Spezialarbeitergruppen sind ebenso wenig typisch für die Entlohnung der Gesamtarbeiterschaft im Kriege, wie sie maßgebend sein können für die Lohnhöhe nach dem Kriege. Aber, und darauf kommt es an, die Mittel für den Lebensunterhalt der Arbeiter werden noch lange nach dem Kriege enorm hoch sein, weil der Warenumsatz und damit die hohe Preise noch [illegible] anderen wird, und weil andererseits auch der schlechte Volkszustand anormal hohe Preise für alle eingeführten Waren verursachen wird. [illegible] der Lebensmittelversorgung [illegible] Rücksicht genommen werden, und die [illegible] hinaus selbstverständlich danach streben, [illegible] zu heben und nicht herunterdrücken zu lassen.

Ueber [illegible] auf dem deutschen Arbeitermarkte [illegible] Lohngenre entfaltet [illegible] Die [illegible] dieser Tatsache war [illegible] Gewerkschaften [illegible] jenen „[illegible]" [illegible] daß es dem deutschen Arbeiter [illegible] Wer [illegible] der [illegible]

gewerkschaftliche Kriegsbuch entschlagen wird, wird dort die Begründung der gewerkschaftlichen Stellungnahme zum Kriegsausgang nachlesen können. Die Gewerkschaften waren sich von vornherein klar, daß eine Niederlage Deutschlands die deutschen Arbeiter um Jahrzehnte zurückwerfen, ihren Lebensstandard herabdrücken und ihre Emanzipationsbestrebungen erschweren oder gar auf lange Zeit zunichte machen mußte. Das zu verhindern wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften im Kriege.

Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Gewerkschaften einen günstigen Ausgang des Krieges, den sie mit erstrebt und erkämpfen halfen, die Früchte nicht dem Unternehmertum allein zu überlassen gedenken. Sind die maßgebenden Unternehmerverbände nicht zu einer Verständigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach dem Kriege bereit, so ist der Kampf unausbleiblich. Die führenden Männer in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände täuschen sich sehr, wenn sie ihre Hoffnungen auf die Zersplitterung der Arbeiter setzen. Die Sozialdemokratie zu zerspalten, das ist nötig. Und die abgesplitterten Disziplinlosen vermögen auch die Zersplitterung in die Gewerkschaften zu tragen. Aber dort werden ihnen die Erfolge ausbleiben. Ist die Zahl der Parteizersplitterer, die auf dem Boden der „Unabhängigen" stehen, gering, so ist die Zahl ihrer Anhänger in den Gewerkschaften verschwindend. Die Gewerkschaften werden mit den Zuwiderhandelnden, die politischen Zwecken die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen zu zerstören suchen, kurzen Prozeß machen. Sie sind dazu um so mehr berufen, als die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände die Arbeiter rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht hat, was sie zu erwarten haben, wenn die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation zerschlagen und kampfunfähig erhalten würde. Die Folgen einer Zerschlagung der Arbeitsbedingungen, [illegible] der Haltung dieser maßgebenden Arbeitgeberverbände, sind unausbleibliche Folge. Aber weil [illegible] werden die Gewerkschaftsmitglieder in einer [illegible] Weise selbst für die Zersplitterer vom Halse halten. Und die Zersplitterung der Gewerkschaften dürfen die Führer im Interesse [illegible] verhindern können, diese eine Hoffnung ist eine Illusion.

Die Hoffnungen der Unternehmerpresse, daß die „hohen Löhne" [illegible] aufgearbeitet werden können, sobald mit dem Friedensschluß die Kriegsaufträge erlöschen, sind irreführend. Denn erstens sind die „hohen Löhne" nicht typisch für die Entlohnung der Gesamtarbeiterschaft — und über die Löhne der Spezialarbeiter wird eine Verständigung möglich sein, wenn die Unternehmer eine solche wollen. Diese Löhne waren immer höher als die der Normalarbeiter, entsprechend den gesteigerten Anforderungen an die Qualifikation der Arbeiter, und es wird keine unüberwindliche Schwierigkeit bieten, einen gerechten Maßstab für die Regelung dieser Frage zu finden, der auch die Arbeiter befriedigen kann. Sodann aber wird der Bedarf nach Waren aller Art nach dem Kriege so groß sein, daß die Industrie auf Jahre hinaus mit Aufträgen so hohen Wertes versehen sein wird — ein gutes Ende des Kriegs vorausgesetzt. Der [illegible] Mehrbedarf wird dem Export zunächst zugutekommen, sodaß auch die Exportindustrie auf lohnenden Absatz rechnen kann. Es wird es nur gelingen, Rohstoffe heranzuschaffen. Für sie wird auch kein Verlust sein, daß die Löhne nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland gestiegen sind, so daß ihre Konkurrenzfähigkeit durch das Lohnniveau nicht beeinträchtigt wird.

Es ist [illegible] diesen Gründen durchaus unberechtigt, wenn die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bereits Vorsorge treffen, um der Herabsetzung der Arbeitslöhne zu erreichen. Es [illegible] der Ausgang des Krieges nicht endgültig feststeht, ist dieses Vorgehen auch von Nachteil für die deutschen Unternehmer. Denn es muß in den Reihen der Arbeiter wachsende Erbitterung wecken, wenn sie sehen, daß hervorragende Arbeitgeberorganisationen und ihre Führer keine größeren Sorgen haben, als der, wie sie nach Schluß des Krieges die Entlohnung der Arbeiter herunterdrücken können. Dagegen Front zu machen, ist die Pflicht aller, die nicht in einer einseitigen Bevorzugung der Unternehmerinteressen das Heil Deutschlands erblicken. Vor allem aber müssen die Arbeiter selbst auf der Hut sein und durch Stärkung der Gewerkschaften sich für alle Eventualitäten rüsten.

Ungünstige Aussichten wegen der Schwerstarbeiterzulage.

Auf Veranlassung unserer Verbandsleitung haben sich viele Zahlstellen an die Kommunalverbände gewandt, damit die Steinarbeiter als Schwerstarbeiter anerkannt würden. Für heute seien Antworten veröffentlicht, die ohne Kommentierung schon genug sagen. Dem Vorsitzenden der großen Zahlstelle Demitz-Kaditzsch wurde geschrieben:

Bautzen, den 22. November 1917.

Der Kommunalverband ist leider außerstande, auf das [illegible] Gesuch um Anerkennung der Steinarbeiter als „Schwerstarbeiter" eine befahende Entschließung zu fassen.

Die in der Beilage erwähnte Verordnung des Kriegsministeriums [illegible] nach welcher auch andere als die in der Anlage A genannten Arbeiter [illegible] Sache des Ausschusses als „Schwerstarbeiter" anerkannt werden können, ist [illegible] der Amtshauptmannschaft bekannt. Die Voraussetzung zu einer derartigen Maßnahme ist jedoch immer, daß der Kommunalverband [illegible] eine solche Zulage zahlt.

Dies ist jedoch leider nicht der Fall. Die Mehrheit des Kommunalverbandes hat dadurch, daß er einer größeren Anzahl Schwerstarbeitern die Vorzugszulage gewährt, als für welche er Mehl [illegible] erhält, so in Anspruch genommen, daß derartige Zulagen [illegible] können.

Königliche Amtshauptmannschaft
[illegible] Baudewin.

[illegible] Steinarbeiter, [illegible] die Radfahrenden.

[illegible] sich [illegible]

[illegible]

Kohleneinsparungen.

[illegible]

bezogen werden. Im Deutschen Steinbildhauer (Nr. 47) schreibt nun Weha zu dieser Frage:

„Manche Vaterlands-Freunde werden vielleicht verwundert, wenn nicht gar vorwurfsvoll fragen, warum wir denn auch so zäh am Auslande hängen wollen, wo doch Deutschland selbst reich ist an vorzüglichen Graniten, Syeniten, Diabasen und dergl. Gewiß, sie haben beinahe recht, und es macht ihrer vaterländischen Gesinnung alle Ehre, wenn sie auch in diesem Falle recht hoch einschätzen, was wir im eigenen Lande haben. Es gab Zeiten, in denen es gut gewesen wäre, wenn man etwas inniger also gedacht und empfunden hätte. Aber leider haben jene Frager doch nicht ganz, sondern nur beinahe recht; denn sie wissen oder beachten es nicht, **daß die deutsche Granitschleiferei-Industrie mit den deutschen Hartgesteinen längst nicht mehr auskommt, und was die von ihr aus Skandinavien bezogenen rohen Blöcke betrifft, so handelt es sich bis auf verschwindend geringe Mengen um Steinsorten, mit denen Farbenwirkungen erzielt werden, die eben mit inländischen Hartgesteinen einfach nicht erzielbar sind.** Ein wichtiger Gesichtspunkt ist auch der, daß die deutschen Granitschleifereien von dem deutschen Bedarf allein längst nicht mehr ausreichend beschäftigt werden, sondern auf das Ausland angewiesen waren und es künftig wieder sein werden, und daß es sich dabei meist um eine Bevölkerung handelt, welche an einer lebhaft bunten Farbenwirkung nun einmal Gefallen findet.

Gegenwärtig, wo leider der verhängnisvolle Krieg noch immer, ja wieder einmal ganz gewaltig tobt, sind ja auch die Granitschleiferei-Betriebe Deutschlands auf einen recht geringen Teil ihres Umfanges in Friedenszeiten zusammengeschrumpft, und doch brauchen sie noch eine ganze Menge skandinavischer Gesteine bzw. würden sie brauchen, wenn sie solche nur hätten oder kaufen dürften. Diese Verlegenheit ist aber nicht etwa davon abzuleiten, daß die deutschen Vorkommen nicht genügend erkannt und aufgeschlossen sind, oder daß sie nicht hoch genug eingeschätzt würden, oder auch daher, daß manche Bruchbetriebe ganz oder größtenteils stilliegen, **sondern weil wir eben keinen Labrador haben, weil die roten Vorkommen mit den schwedischen nicht zu vergleichen sind, weil nun einmal** nach unserem Empfinden Schwarz die Farbe der Trauer ist, und weil infolgedessen aller modernen Kunstschwätzerei zum Trotz wohl reichlich in acht Zehnel aller Fälle nur die allerdunkelsten skandinavischen Gesteine verlangt werden. Auch der Umstand, daß die nordischen Reiche unseren seit Kriegsbeginn gehegten Wunsch, daß sie sich als germanische Völker hätten offen auf unsere Seite stellen sollen, nicht erfüllt haben, sowie alles Grübeln darüber, warum sie das nicht getan haben, ist zwecklos und ändert kein Jota an der nochmals zu betonenden Tatsache: **Diese Steine werden jetzt verlangt und gekauft, und werden künftig verlangt und daher gebraucht werden."**

Wir können vorstehende Ausführungen nur unterstreichen. Das skandinavische Steinmaterial wird außer in Deutschland mit Vorliebe in Amerika und England verarbeitet. Würde wirklich die Einfuhr nach Deutschland unterbunden, wer würde davon profitieren, doch nur die Kunststeinindustrie.

Korrespondenzen.

Aldiß (Oberfranken). Im hiesigen Schotterwerk sind die Löhne äußerst gering. Wir haben schon mehrere Eingaben gemacht, doch die Firma Brehsis u. Raithel rührt sich wegen einer Teuerungszulage nicht, die vier Pfennige Kleidungszuschuß, die die Kollegen bekommen, sind wahrhaftig nicht der Erwähnung wert. Ein Kollege wollte nach Hof, um dort andre Arbeit anzunehmen, es wurde ihm aber der Abkehrschein verweigert. Darüber sind die Kollegen aufs äußerste erbittert. Unser Kollege könnte in Hof bedeutend mehr verdienen, da werden ihm wieder Hindernisse in den Weg gelegt. Mit Freuden haben die Kollegen im letzten „Steinarbeiter" gelesen, daß bezüglich der Teuerungszulagen die Verbandsleitung in energischer Weise vorgehen will, wir begrüßen den Schritt und erwarten, daß auch hier eine Besserung in der Lohnlage eintritt. Unsre Verbandsleitung hat uns mitgeteilt, daß sie das Verlangen der hiesigen Kollegen ohne weiteres unterstützt. Es sei eine Eingabe an das Bezirksamt gemacht worden, in der die Sachlage dargelegt wurde. Ändern sich die Lohnverhältnisse nicht, so müssen wir unsäumt weitergehen. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist gereizt, denn die verdienten Löhne sind mit den verteuerten Lebensmitteln absolut nicht in Einklang zu bringen. Mit schönen Worten lassen sich die Kollegen nicht mehr abspeisen.

Rundschau.

Immer im Beruf. Die Zeichnungen Sebastian Sauer aus Würzburg und Paul Baumann aus Auerbach (Unterfranken) haben uns vom westlichen Kriegsschauplatz eine Kollektion von Photographien selbst angefertigter Grabsteine gesandt. Aus den Bildern ist zu ersehen, daß sich die beiden Kollegen auf die „neue Kunstrichtung" sehr wohl verstehen und, soweit wir zu beurteilen vermögen, ist der bildnerische Schmuck sowie die Anordnung der Schrift in tadelloser Weise ausgeführt.

Starke Mitgliederzunahme im Sattlerverband. In den ersten Dreivierteljahren 1917 stieg die Mitgliederzahl im Sattlerverband von [illegible] auf 8469 männliche und von 1772 auf 5302 weibliche Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich also verdreifacht. Im Heere hat der Sattlerverband soviel Mitglieder wie er zu Beginn des Krieges überhaupt hatte. Trotzdem ist seine Mitgliederzahl heute so groß wie vor dem Kriege. Für Unterstützungen wurden während des Krieges 334 680 Mk. ausgegeben, darunter 254 284 Mk. an Beihilfen für die Kriegerfrauen. Die Tatsache der Beitragserhöhung bei der Urabstimmung mit Dreiviertelmehrheit ist um so höher zu bewerten, weil vorläufig erhöhte Leistungen des Verbandes nicht in Frage kommen, sondern die gesamte Einnahme der späteren Aufgaben der Organisation zur Verfügung gehalten werden soll.

In den Steinbrüchen Mitteldeutschlands herrscht zur Zeit flotter Geschäftsgang. In diesen sind Straßenmaterial, Kleinschlag, Bahnschotter, Werk- und Pflasterstein weniger [illegible]. Die Unternehmer haben, daß ihnen die Eisenbahnverwaltungen [illegible] Wagen zur Verfügung stellen.

Die Budapester Steinhauer hielten am 9. Dezember eine Mitgliederversammlung ab, in welcher die Lohnfrage in Beratung gezogen wurde. Die Kollegen erbrachten den Nachweis, daß die gegenwärtigen Löhne der Steinhauer nicht in sicherem Einklange [illegible] Lebensmittelpreise [illegible] unbedingt geboten erscheint. [illegible] weiteren [illegible] Höhe des zu fordernden Lohnes [illegible] Die [illegible] Verschiedenheit ist um so gerechter, da die [illegible] Verhältnisse [illegible] anderen Gewerben [illegible] Lohnes [illegible] Wenn [illegible] Steinhauerarbeit in den letzten Jahren verhältnismäßig [illegible] Lohnerhöhungen [illegible] Anlaß [illegible] sind die Aussichten für die [illegible] nächsten Zukunft nicht so [illegible] Ende des Krieges [illegible] Wenn jedoch die niedrigen Arbeitslöhne [illegible] Beruf entfremdet, dieselben [illegible] die Arbeiter je wieder [illegible] Also dürfen auch [illegible] im eigenen Interesse [illegible] zu kämpfen, da dies [illegible]

Literarisches.

Drei Jahre Weltkriegsbuch von Paul Renard (E. Fischer, [illegible]). — Der Schwerpunkt des äußerst [illegible] Buches liegt auf der Verarbeitung [illegible] Ereignisse [illegible] Die Schrift ist äußerst [illegible]

sachen Bezug und dieses ist für die Beweisführung gegenüber dem Leser von sehr großem Belang. Besonders eingehend schildert der Verfasser, wie innerhalb von 20 Jahren die deutsche Industrie gegenüber der englischen weit in Vorsprung kam und wie sich dadurch die Gegensätze zwischen den beiden Ländern immer mehr zeigten. Wir können dem Buche, welches mit scharfer Logik geschrieben ist, nur die weiteste Verbreitung wünschen.

Seemanns Notschrei.

Die See, sie ist mein Element,
Auf ihr bin ich zu Hause,
Doch wenn mein Segler heimwärts schwimmt,
Da mach ich erstmal Pause.
Lieb Mütterchen, die wartet schon,
Auf ihren großen Jungen.
Ihr lieber, warmer Herzenston
Hat mich so oft bezwungen.
Ein ganzes Jahr hielt oft mich fern,
Das dünkte mich schon lange,
Und braust daheim ein scharfer Sturm,
Ward wohl der Mutter bange.
Nun hock ich hier drei Jahre schon,
Als Seemann kriegsgefangen,
Und sitze auf dem trocknen Land
Und weiß nichts anzufangen.
Das Heimweh, ich gesteh es ein,
Es hat mich oft beim Kragen,
Da schlage doch der Teufel drein,
Wann wird der Friede tagen?

Hermann Horn,
Kriegsgefangener in Ile Longue, Frankreich.

Briefkasten.

Bremen, B. Die Karenzzeit ist abermals durchzumachen. — **Z. in B.** Es ist ein Vormund zu bestellen. Die Entscheidung leitet das Vormundschaftsgericht. — **Fr. 100.** Indem Kinder nicht vorhanden sind, erbt die Ehefrau neben den Eltern und Geschwistern die Hälfte. — **München.** Wird weitergeleitet.

An die Ortsverwaltungen!

Der heutigen Steinarbeitersendung liegen die Abrechnungen für das 4. Quartal bei. Am Jahresschluß ist auch das **Wertzeichen-Konto** im Kassenbuch abzuschließen, und wo die verkauften Marken noch nicht alle bezahlt sind, ist dieser Betrag am Jahresschluß mitzusenden. Jede Zahlstelle, in welcher die verkauften Marken nicht stimmten, hat einen Kontoauszug am Jahresschluß erhalten.

Die **Verrechnungsquittungen** sind von den Ortskassierern auszufüllen und der oberste Teil zu unterschreiben, damit sie nicht noch einmal zur Unterschrift zurückgesandt werden müssen.

Alle Gelder für den Verband sind nur an Ludwig Geist zu senden, indem die Geldsendungen vom Hauptpostamt in Leipzig abgehalt werden. Die Adresse auf den Postanweisungen: Ludwig Geist, bleibt bestehen. Aenderung der Adresse in Hugo Walther oder Paul Starke ist unzulässig.

An Walther und Starke sind nur Briefe und sonstige Sendungen zu senden, die die Titulationen: Gewerkschaftssekretär, Kassierer, Vorsitzender, oder Gauleiter, lasse man ruhig fortfallen, denn nicht ein einziger Briefträger weiß, was er damit anfangen soll. Zu empfehlen ist aber der Zusatz: **Steinarbeiterverband.**

Zum Jahreswechsel

entbieten wir all unseren Kollegen, insbesondere denen, die im Felde stehen, die herzlichsten Glückwünsche. Hoffentlich bringen uns die im Osten eingeleiteten Friedensverhandlungen baldigst den ersehnten allgemeinen Frieden.

Die Funktionäre in den Zahlstellen ersuchen wir, trotz aller Ueberbürdung, auch im neuen Jahre die Verbandsgeschäfte mit derselben Gewissenhaftigkeit wie bisher weiterführen zu wollen.

Der Verbandsvorstand. Die Redaktion.

Anzeigen

Akkordant

gesucht zur Uebernahme eines **Pflastersteinbruches**, der seine Leute und das Handwerkszeug selbst stellt. Dauernde Beschäftigung und gute Preise zugesichert. Offerten mit bisheriger Tätigkeitsangabe, Zeugnissen usw. an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger
Steinmetz und Granitschrifthauer

im **Aufzeichnen** bewandert, auch Kriegsbeschädigter, für dauernd gesucht.

Riemer u. Schulze, Nordhausen a. Harz.

Tüchtiger Schrifthauer

auf **Granit**, der auch in Verzierungen bewandert ist, sucht Stellung. Da selbiger dauernd d. a. v., Heimat, geschrieben ist, wird er vom Militärdienst entlassen. Offerten unter **A. 25** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:

Max Otto Eichhorn, 36 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Mittweida.**

Jakob Jährling, 19 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Reichenbach i. V.**

August Gerecke, 32 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Westerode.**

Ehre ihrem Andenken!

(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeigungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen auf allgemeinen Wunsch eingesandt worden.)

In **Rückers** am 7. Dezember der Sandsteinmetz **Franz Kriegel**, 25 Jahre alt, an Lungenkatarrh.

Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.